

# BUNDESTAGSREPORT

## DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG



Dagmar Enkelmann - Wolfgang Neskovic - Kirsten Tackmann - Lothar Bisky - Diana Golze

## Finanzkrise macht Kriegsspiele erst recht überflüssig

von Kirsten Tackmann

Im Moment scheinen wir es ja 'dicke' zu haben. Beitragssenkungen bei der Arbeitslosenversicherung, unbegrenzte Sicherheitsgarantien für Sparguthaben, Verlängerung des Bundeswehrmandats in Afghanistan und Milliarden spritzen für eine zahlungsunfähige Investmentbank. Da sage einer, die öffentlichen Kassen seien leer. Nur für Rentenanpassung, öffentlich geförderte Beschäftigung oder Bildung, bezahlbare Krankenkassenbeiträge und existenzsichernde Hartz IV Regelsätze ist immer kein Geld da.

Die Banken spielen seit Jahren russisches Roulett auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger. Geht es um den eigenen Spekulations-Profit, wirtschaften die Manager und Heuschrecken tapfer und ungeniert in die eigene Tasche. Das ist Privates. Haben sie sich verzockt, droht eine weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, werden Risiko und Schulden vergesellschaftet und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sollen dafür aufkommen.

Es ist unredlich, dass die Große Koalition für die Pleitegeier der Finanzwelt hunderte, viel-



leicht tausende Milliarden bereitstellt, aber zugleich für Lohnzurückhaltung plädiert, sich Mindestlöhnen und Rentenanpassungen verweigert und die Beiträge zur Krankenversicherung erhöht. Die Bundesregierung ist mit der Bewältigung der aktuellen Krise überfordert. Das System versagt öffentlich. Niemand wagt vorherzusagen, was mit dem Finanzmarkt tatsächlich passiert und welche weiteren Banken noch betroffen sind. Die Kanzlerin und ihr Finanzminister müssen zunächst aus ihrer neoliberalen Denkwelt, um Antworten zu finden.

Der Ruf der Merkel Regierung nach Mithaftung und Verantwortung der Heuschrecken und Manager kommt reichlich spät. Nichtsdestotrotz sollte diese alte Forderung der LINKEn energisch

### In dieser Ausgabe:

„Hintergrund, Positionierung und Fragen zur Rettungsaktion der Hypo Real Estate (HRE)“

Gastbeitrag von Dr. Axel Troost – (Finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE) zu:

**Positionen, Argumente und Forderungen der Fraktion DIE LINKE zum Thema:**  
Finanzmarktkrise

**Pressemeldungen der Fraktionsmitglieder zum Thema + Antwort auf die Kleinen Anfragen der letzten Ausgabe**

**Eintritt frei!**  
**DIE LINKE.**

# BUNDESTAGSREPORT

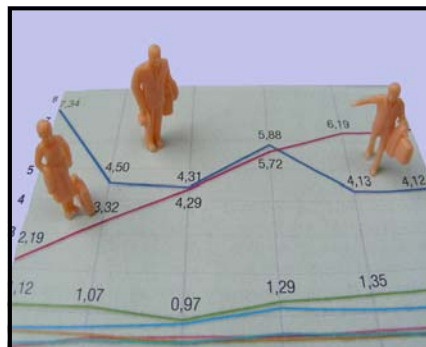
## DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



umgesetzt werden. DIE LINKE will, dass zuerst diejenigen für die aktuellen Schäden haften, die sie auch verursacht haben. Danach kann auch der Staat helfend eingreifen, aber nicht zum Nulltarif. Ein Mitbestimmungsrecht in Höhe der geleisteten Hilfszahlungen ist das

Mindeste, was verlangt werden kann. Und den Bundeswehr-Afghanistan-Einsatz sparen wir sofort ein.

Die Finanzkrise darf nicht von denen bezahlt werden, die sie nicht verursacht haben. Das gilt übrigens auch für die gesamte Welt.



## Hintergrund, Positionierung und Fragen zur Rettungsaktion der Hypo Real Estate (HRE)

von Dr. Axel Troost



### Vorbemerkung:

Die Tatsache, dass Steinbrück, Weber und Sanio in die Fraktion kommen, um uns vom Ernst der Lage und der Notwendigkeit des Rettungspaketes zu überzeugen, deutet darauf hin, dass es möglicherweise um mehr als nur den aktuellen Fall HRE geht.

### Situationsbeschreibung:

Die irische Tochter Depfa der Hypo Real Estate hat insbesondere langfristige Kredite an staatliche und staatsnahe Institutionen vergeben. Diese Schuldner sind quasi 100% sicher.

Zur Refinanzierung hat sie sich überwiegend über Pfandbriefe langfristig Kapital beschafft.

Ein Teil der Refinanzierung lief aber über kurzfristige Geldmarktanleihen (z.B. 60 oder 90 Tage). Zuletzt im Juni 2008 wurden kurzfristige Geldmarktanleihen („Commercial Papers“) im Umfang von ca. 50 Mrd. von der HRE herausgegeben und wurden Ende September fällig.

Nach dem Zusammenbruch von Lehman-Brothers ist der Geldverleih zwischen den Banken („Interbanken-Markt“), wie schon mehrfach seit Beginn der Finanzkrise im Juli 2007, wieder zum Erliegen gekommen und für neue kurzfristige Geldmarktanleihen der HRE im Umfang von 50 Mrd. gab es keine Käufer, d.h. kei-

nen Kapitalgeber.

Damit stand die Hypo Real Estate kurzfristig vor der Zahlungsunfähigkeit, auch wenn ihre Schuldner, d.h. Staaten und staatsnahe Institutionen, weiterhin planmäßig ihre Kredite gegenüber der Depfa bedienen.

Vom akuten Liquiditätsbedarf in Höhe von 50 Mrd. Euro kann sie 15 Mrd. durch den Verkauf von Vermögenswerten selbst aufbringen, 35 Mrd. werden ihr als Kredit gewährt – davon 15 Mrd. von Seiten anderer Privatbanken und 20 Mrd. von Zentralbanken. Die Privatbanken und die Notenbank rücken diese 35 Mrd. Euro aber nur gegen Bürgschaften raus. Diese Bürgschaften kommen vom Bund und von einem Konsortium von Privatbanken. Sollte die Bürgschaft in Anspruch genommen werden, weil die HRE die Kredite über 35 Mrd. an Privatbanken und Notenbank nicht zurückerzahlen kann, müssten für den Ausfall der ersten 14 Mrd. Euro zu 60% die beteiligten

# BUNDESTAGSREPORT

## DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

Privatbanken haften, zu 40% der Bund. Für einen Ausfall des zweiten Teils von 21 Mrd. Euro müsste der Bund komplett haften. Steinbrück bezeichnete die Wahrscheinlichkeit, dass der staatliche Garantiefall in den nächsten Jahren überhaupt eintrete, als „gegen Null“ tendierend.

Jenseits von der Frage, warum genau die Hypo Real Estate in Liquiditätsprobleme geriet

der Bundesregierung, der Aufsicht, etc. Dazu fordern wir eine „Hotline“ im BMF, über die wir unsere Fragen kurzfristig stellen können und beantwortet bekommen.

1.) Was wären die Auswirkungen einer Pleite (ist die Bank „too big to fail“)? Vor einer staatlichen Rettungsaktion (egal ob „nur“ Garantien übernommen werden, oder, wie im Modell USA geplant, direkt

der Rettungsaktion genau wissen: Wer wäre im Falle einer unkoordinierten Pleite der HRE wie stark betroffen? Warum können die Betroffenen die Ausfälle nicht schultern? Haben beispielsweise Versicherungskonzerne und ähnliche bei der HRE Einlagen oder sind sie in relevantem Ausmaß im Besitz von Pfandbriefen und Commercial Papers der HRE und findet die Rettungsaktion zur Rettung der privaten Altersvorsorgen und Riester-Renten statt?

Es wird zu prüfen sein, ob die von Steinbrück angekündigte „Expertise“, die er dem Parlament zur Verfügung stellen will, Antworten auf diese Fragen enthält.

Schon jetzt aber tun sich gravierende Widersprüche auf: Wenn die Schuldner im wesentlichen Staaten sind, wieso können dann überhaupt Risiken für die begebenen Pfandbriefe entstehen? Und warum konnte sich die Depfa bei so guten Schuldnern nicht einfach durch Hinterlegung dieser Sicherheiten bei der EZB re-finanzieren?

2.) Ist die Bürgschaft der Bundesregierung das geeignete und angebrachte Mittel?

Der akute Brandherd der Krise verlagert sich zunehmend nach Europa. Anders als die USA haben einzelne europäische Staaten weder die nötigen finanziellen noch die politischen Mittel, um ein tragfähiges Sicherungsnetz für ihre grenz-



und offenbar als nicht ausreichend Kreditwürdig betrachtet wird, bleiben für eine Bewertung des Rettungspakets der Bundesregierung verschiedene offene Fragen. Zudem sollten wir grundsätzliche und allgemein gültige Eckpunkte unserer Positionierung zu staatlichen Rettungsprogrammen (Bail Outs) festlegen, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Hypo Real Estate die letzte deutsche Problembank gewesen ist.

Wenn wir als Fraktion die Sinnhaftigkeit des Rettungspakets seriös prüfen sollen, brauchen wir eine Unmenge zusätzlicher Informationen von

Schrottpapiere gekauft werden) muss klar sein, was für Auswirkungen im Falle eines Zusammenbruchs der betroffenen Bank zu erwarten wären – jenseits von einem ominösen „Vertrauensverlust“ oder ähnlichem.

Bei der Hypo Real Estate (HRE) ist das unklar. Steinbrück spricht von großen Gefahren für die Realwirtschaft, wegen der „weiten Vernetzung“ der HRE in die Wirtschaft und ihrer besonderen Funktion bei der Staatsfinanzierung. Nach Urteil der Bafin der EZB und anderer „Experten“ sei die Rettung nötig.

Wir müssten für eine Bewer-

# BUNDESTAGSREPORT

## DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

überschreitend tätigen Großbanken aufzuspannen. Fortis' Verbindlichkeiten etwa sind um ein Vielfaches höher als die Wirtschaftsleistung Belgiens. Das Dilemma der Europäer ist, dass viele Finanzinstitute dort nicht nur eventuell "too big to fail" sind, sondern vor allem auch "too big to be saved". Bevor auch im deutschen Fall erneut und weiterhin Steuergelder riskiert werden, ist es an der Zeit, eine europäische Lösung einzuleiten: Zinssenkungen, die die Liquiditätsversorgung der Banken ebenfalls erleichtern und Konjunkturprogramme. Eine Inflation ist in Zeiten von Abschwung und Finanzkrise kaum zu befürchten.

3.) Wie wird eine „Sozialisierung der Verluste“ verhindert oder beschränkt? Wenn davon ausgegangen wird, dass eine Pleite der betroffenen Bank nicht nur „die richtigen trifft“, sondern weitreichende negative Folgewirkung für die Gesamtwirtschaft, Arbeitsplätze etc. haben würde, müssen an ein Rettungspaket Bedingungen geknüpft werden:

Keinesfalls dürfen Haushaltsposten zugunsten eines Bail Outs gekürzt werden – überzogene Haushaltskonsolidierungsziele müssen aufgegeben werden. Für den Fall, dass der Staat in den kommenden Jahren für einen Kreditausfall bürgen muss, muss die Neuverschuldung entsprechend angehoben werden.

• Wir als LINKE dürfen nicht hinter den Forderungen des US-Kongresses zurückbleiben,

was die Konditionierung von Rettungspaketen angeht. Die bislang vom US-Kongress durchgesetzten Bedingungen sind:

a. Finanzwirtschaft soll an den Kosten beteiligt werden, in dem der Präsident eine „Gebühr“ verlangen kann, falls es der Regierung nicht



gelingt, innerhalb von 5 Jahren die Ausgaben durch den Verkauf der übernommenen Wertpapiere wieder hereinzuholen.

b. Als Gegenleistung der Banken werden stimmrechtslose Aktien übernommen, die eine Gewinnbeteiligung sichern sollen.

c. Banken, die faule Kredite an Staat verkaufen, müssen Bezüge ihrer Manager kappen, und Manager sollen keine hohen Abfindungen kassieren können.

d. Transaktionen des Finanzministeriums werden schärfere Kontrolle unterworfen, sowohl durch einen unabhängigen Rat als auch durch den amerikanischen Rechnungshof.

e. Ausgaben sollen im Internet veröffentlicht werden.

f. Eine Versicherung für faule Kredite (Sicherungsfonds)

wird eingerichtet, Beiträge zahlen die Finanzinstitute.

g. Die 700 Mrd. Dollar werden nicht auf einmal freigegeben, sondern erst 250 Mrd. \$, dann nochmals 100 Mrd. \$ nach Zustimmung vom Weißen Haus. Die letzten 350 Mrd. \$ erst, wenn der Kongress nicht dagegen votiert

hat  
Sollte sich im Falle Hypo Real Estate herausstellen, dass die Sicherungsaktion vor allem deshalb nötig ist, weil sonst private Altersvorsorgen oder Rester-Renten

„nicht sicher“ sind, muss umso stärker daraufhin gewirkt werden, dass endlich die gesetzliche Rente wieder gestärkt wird und vom Zwang zur privaten Vorsorge Abstand genommen wird.

Unsere Forderungen, die im Finanzkrisen-Sofortprogramm und unserem Konjunkturprogramm formuliert sind, sollten in jedem Fall und bei allen Bail-Out-Fragen als dringender Richtungswechsel zur Bedingung gemacht werden.

4.) Richtungswechsel im Repo-Geschäft der Zentralbank  
• Bedeutet die Annahme der von der HRE bei der EZB hinterlegten Sicherheiten ein Aufweichen der Geschäftspolitik in Anlehnung an die Praxis der FED?



### Positionen, Argumente und Forderungen der Fraktion zum Thema: Finanzmarktkrise



#### „Die Finanzmarktkrise und der drohende wirtschaftliche Abschwung in Deutschland“

Seit Mitte des Jahres 2007 hat die jahrelange Weiterreichung von unzureichend besicherten US-Immobilienkrediten an die internationalen Kapitalmärkte zu einer weltweiten Krise im Finanzsektor geführt. Längst beschäftigen sich nicht mehr nur die Wirtschaftsseiten der Zeitungen mit dieser Krise und für die Bundesregierung ist sie willkommener Anlass, um vom Versagen der eigenen Wirtschafts- und Finanzpolitik abzulenken. Je nach Lust und Laune schiebt sie der Weltkonjunktur, den gestiegenen Rohstoffpreisen oder den schludrigen USA den schwarzen Peter zu. Nachdem sie lange Zeit verkündet hat, Deutschlands Konjunktur sei robust, erklärt Finanzminister Steinbrück jetzt, die Finanzkrise sei das größte konjunkturelle Risiko für die deutsche Volkswirtschaft, statt die eigene Verantwortung für die Rezession einzugestehen.

weiter hier... <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7712653624.pdf>

#### „Ein Sündenregister von Rot-Grün bis zur Großen Koalition“

„Die Geister, die ich rief...“

Deutschland hat sich kontinuierlich daran beteiligt, den Finanzsektor zu deregulieren und liberalisieren. Die Zulassung neuer Akteure wie Hedge-Fonds und einer unüberschaubaren Vielzahl neuer Finanzprodukte hat die Verwundbarkeit des Landes ebenso erhöht wie die Expansion der Geschäftstätigkeit in andere Staaten. Die vernachlässigte Binnennachfrage und die hohen Unternehmensgewinne führten dazu, dass von Deutschland aus vermehrt Finanzinvestitionen ins Ausland getätigt wurden. Vor diesem Hintergrund erfolgte auch die massive Beteiligung deutscher Banken an der Finanzierung US-amerikanischer Hypothekenkredite.

weiter hier... <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7790078118.pdf>

#### Finanzmarktkrise

Ausgehend von den USA, hat seit dem Sommer 2007 die Durchreichung von schlecht besicherten Immobilienkrediten an die Finanzmärkte zu einer weltweiten Krise im Finanzsektor geführt. So führten in den USA kontinuierliche Zinserhöhungen bei einem zuletzt massiven Verfall der Immobilienpreise dazu, dass mehr als sechs Millionen Kredite, die zwischen 1998 und 2004 vergeben wurden, nicht mehr getilgt werden konnten. Die damit verbundenen Forderungsausfälle, die auf mehrere hundert Milliarden Euro geschätzt werden, belasten aber nicht nur die unmittelbar an der Kreditvergabe beteiligten Institute in den USA.

weiter hier... [http://www.linksfraktion.de/thema\\_der\\_fraktion.php?artikel=1715893774](http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1715893774)

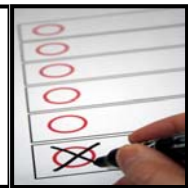
- **Antrag der Fraktion: Sozialisierung der Verluste verhindern– Sicherungsfond für privaten Finanzsektor schaffen**  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7707987560\\_1608888.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7707987560_1608888.pdf)
- **Entschließungsantrag der Fraktion zur Regierungserklärung vom 25.09.2008:**  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7776388409\\_1610308.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7776388409_1610308.pdf)
- **Rede von Oskar Lafontaine zur Regierungserklärung: Regierende verantwortlich für Verabschiedung von Demokratie und Sozialstaat**  
<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1348483601>

### Pressemeldungen und Mitteilungen der Fraktionsmitglieder

- **Ulrich Maurer: Frau Merkel muss Garantiezusagen für private Spareinlagen per Gesetz absichern**  
<http://www.linksfraktion.de/wortlaut.php?artikel=1566944463>
- **Oskar Lafontaine: Merkels Krisenmanagement wirkt überfordert**  
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1238157352>
- **Ulla Lötzer: Wer eine Rezession verhindern will, muss auch die Konjunktur stützen**  
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1224159169>
- **Oskar Lafontaine: Investmentbanker sind kriminell**  
<http://www.linksfraktion.de/wortlaut.php?artikel=1548551358>
- **Gesine Löttsch: Ein "Weiter so" darf es nicht geben**  
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1263602369>
- **Herbert Schui: Die Banken müssen haften, nicht der Staat**  
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1214433582>
- **Axel Troost: Zinsentscheidung der EZB ist falsch**  
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1201455624>



### Parlamentarische Initiativen der LINKEN



Auf ihrer diesjährigen Sommertour 2008 nahmen die Brandenburger Bundestagsabgeordneten jede Menge Anregungen für ihre politische und parlamentarische Arbeit mit - als Ergebnis liegen jetzt auch drei Kleine Anfragen an die Bundesregierung zu Verkehrsprojekten im Lande und die Antworten der Bundesregierung vor.

#### **Bau einer neuen Oderbrücke südlich von Frankfurt (Oder)**

Klärung der Haltung der Bundesregierung zu einander widersprechenden Angaben bezüglich der Projektverfahren sowie der Berücksichtigung regionaler, wirtschaftlicher und naturschutzfachlicher Interessen; sichtbare Interessenvertretung durch die LINKE im Zuge des laufenden Kommunalwahlkampfes in Brandenburg.

**Antwort der Bundesregierung:**

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7791456783\\_1610447.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7791456783_1610447.pdf)

#### **Stellenwert der Bundesautobahn 12 bei der weiteren Entwicklung des Güterund**

Klärung der Haltung der Bundesregierung zu den Problemen, die sich aus steigendem Güter- und Personenverkehrsaufkommen seit Inkrafttreten Schengener Abkommens zu Polen ergeben sowie zu Behinderungen durch überlange Bauzeiten; Wiederaufnahme des Projektes »Rollende Landstraße« durch die Linke, sichtbare Interessenvertretung durch die LINKE im Zuge des laufenden Kommunalwahlkampfes in Brandenburg.

**Antwort der Bundesregierung:**

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7752548701\\_1610448.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7752548701_1610448.pdf)

#### **Stand der Ortsumgehung und Ortsdurchfahrt B 87 in und bei Lübben**

Klärung der Haltung der Bundesregierung zu widersprüchlichen Angaben zur Durchführung der Projekte sowie zu deren Bauzeit, die vor Ort zu erheblichen Irritationen bei Bürgerinnen und Bürgern führen; sichtbare Interessenvertretung durch die LINKE im Zuge des laufenden Kommunalwahlkampfes.

**Antwort der Bundesregierung:**

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7747718741\\_1610449.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7747718741_1610449.pdf)